



Amtsblatt

Nr. 04/2023

03. Februar 2023

ausgegeben am:

Nr.	Gegenstand	Seite
1	Öffentliche Bekanntmachung der Satzung der Stadt Lünen über die Anstalt des öffentlichen Rechts "Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen" vom 02.02.2023	18

Herausgeber: Der Bürgermeister der Stadt Lünen

Das Amtsblatt ist kostenlos erhältlich bei der Stadt Lünen, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen am Servicepoint des Rathauses,
im Internet unter www.luene.de/amtsblatt oder per E-Mail: amtsblatt@luene.de

Auskunft Telefon: 02306 104-1241

Satzung der Stadt Lünen über die Anstalt des öffentlichen Rechts "Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen" vom 02.02.2023

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Name, Sitz, Stammkapital	2
§ 2	Gegenstand der Anstalt	2
§ 3	Organe	4
§ 4	Der Vorstand	4
§ 5	Der Verwaltungsrat	5
§ 6	Zuständigkeit des Verwaltungsrats	6
§ 7	Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrats	7
§ 8	Rat der Stadt Lünen	9
§ 9	Verpflichtungserklärungen	9
§ 10	Wirtschaftsführung und Rechnungswesen	9
§ 10a	Finanzausstattung der Anstalt	10
§ 11	Wirtschaftsjahr	10
§ 12	Überleitungsvorschrift	10
§ 13	In-Kraft-Treten	11

Aufgrund von §§ 7 Abs. 1 Satz 1, 114 a Abs. 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW, S. 666 ff.), in der zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Lünen in seiner Sitzung am 15.12.2022 folgende Satzung der Stadt Lünen über die Anstalt des öffentlichen Rechts "Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen" beschlossen:

§ 1 Name, Sitz, Stammkapital

- (1) Der "Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen" ist eine selbstständige Einrichtung der Stadt Lünen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 114 a GO NRW). Er wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieser Satzung geführt.

Die Anstalt des öffentlichen Rechts wurde durch Umwandlung des bestehenden Regiebetriebs „Stadtentwässerung“ nach Maßgabe der näheren Bestimmungen dieser Satzung sowie des Beschlusses des Rates der Stadt Lünen vom 11.12.2003 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge gegründet. Das Entstehungsdatum war der 01.01.2004.

- (2) Die Anstalt führt den Namen „Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen“ mit dem Zusatz AöR. Sie tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf. Die Kurzbezeichnung lautet „SAL“.
- (3) Die Anstalt hat ihren Sitz in der Stadt Lünen.
- (4) Das Stammkapital beträgt 100.000,00 Euro.
- (5) Die Anstalt führt ein Dienstsiegel. Es zeigt das Lünener Stadtwappen mit dem Untertitel „Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen AöR“.

§ 2 Gegenstand der Anstalt

- (1) Gegenstand der Anstalt sind:
1. Das auf dem Gebiet der Stadt Lünen anfallende Abwasser zu beseitigen und die dafür notwendigen Anlagen vorzuhalten, zu planen, zu bauen und zu betreiben. Die Stadt Lünen überträgt der Anstalt die ihr diesbezüglich gemäß § 46 Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in Verbindung mit § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) obliegende Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 114 a Abs. 3 GO NRW zur Wahrnehmung in eigenem Namen und in eigener Verantwortung. Davon umfasst ist die Unterhaltung der

Straßenentwässerungseinrichtungen einschließlich Entsorgung und Transport des Sinkgutes.

2. Wahrnehmung und Sicherung der Gewässerunterhaltung einschließlich des Gewässerausbaus bei den auf dem Gebiet der Stadt Lünen gelegenen sonstigen Gewässern im Sinne des § 2 Absatz 1 Nr. 3 Landeswassergesetz (LWG) nach den gesetzlichen Vorschriften sowie Ausgleich der Wasserführung nach § 66 Abs. 1 Satz 3 HS 2 LWG NRW, soweit dies nicht Aufgabe eines Wasserverbandes ist. Zu den Aufgaben gehört auch die Unterhaltung, die Planung, der Bau und der Betrieb der dafür notwendigen Anlagen.
- (2) Daneben führt die Anstalt im Auftrag der Stadt Lünen folgende Aufgaben durch:
- Vorbereitung des Abwasserbeseitigungskonzepts
 - Unterhaltung der Straßenentwässerungseinrichtungen sowie Entsorgung und Transport des Sinkkastengutes soweit dies nicht schon Gegenstand der Aufgabe nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 ist
 - Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte und -aufgaben der Stadt Lünen in Wasser- und Abwasserzweckverbänden

Weitere Aufgaben können der Anstalt zur Wahrnehmung übertragen werden.

- (3) Die Anstalt ist darüber hinaus zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Anstaltszweck gefördert wird. Sie kann andere Unternehmen und Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient.
- (4) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 3 kann die Anstalt Mitgliedschaften in Zweckverbänden und Vereinen begründen.
- (5) Die Anstalt kann im Rahmen der gemeinderechtlichen Vorschriften Aufgaben aus dem Bereich der Abwasserbeseitigung und Gewässerunterhaltung als Erfüllungsgehilfin auch für andere Gebietskörperschaften übernehmen.
- (6) Die Anstalt ist berechtigt, anstelle der Stadt Lünen
 1. Satzungen für das gemäß § 2 Abs. 1 übertragene Aufgabengebiet zu erlassen,
 2. unter den Voraussetzungen des § 9 GO NRW durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang der öffentlichen Einrichtung für den übertragenen Aufgabenkreis anzuordnen und durchzusetzen.

Die Stadt Lünen überträgt insoweit das ihr gemäß §§ 1, 2, 4, 5, 6, 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) zustehende Recht, Gebühren, Beiträge und Entgelte im Zusammenhang mit der wahrzunehmenden Aufgabe zu erheben.

-
- (7) Die Anstalt hat Dienstherrenfähigkeit. Sie kann insbesondere Beamte und Beamtinnen ernennen, versetzen, abordnen, befördern und entlassen. Dies gilt sinngemäß auch für die Beschäftigten.
 - (8) Tätigkeiten der Stadt Lünen für den SAL und umgekehrt werden gesondert vertraglich geregelt.

§ 3 Organe

- (1) Organe der Anstalt sind
 - der Verwaltungsrat
 - der Vorstand.
- (2) Die Mitglieder aller Organe der Anstalt sind zur Verschwiegenheit über alle vertraulichen Angelegenheiten sowie über Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Unternehmens verpflichtet. Die Pflicht besteht für die Mitglieder auch nach ihrem Ausscheiden aus der Anstalt fort. Sie gilt nicht gegenüber den Organen der Stadt Lünen.
- (3) Die Befangenheitsvorschriften des § 31 GO NRW sowie § 20 Verwaltungsverfahrensgesetz Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) gelten entsprechend.

§ 4 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus einem Mitglied.
- (2) Die Vorständin/der Vorstand wird vom Verwaltungsrat auf die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt; eine erneute Bestellung ist zulässig.
- (3) Die Vorständin/der Vorstand leitet die Anstalt eigenverantwortlich, soweit nicht gesetzlich oder durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist.
- (4) Die Vorständin/der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Die Vorständin/der Vorstand kann im Falle ihrer/seiner Verhinderung einzelnen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen die Vertretungsbefugnis erteilen.
- (5) Die Vorständin/der Vorstand hat den Verwaltungsrat über alle wichtigen Vorgänge rechtzeitig zu unterrichten und auf Anforderung dem Verwaltungsrat über alle Angelegenheiten der Anstalt Auskunft zu geben.

-
- (6) Die Vorständin/der Vorstand hat dem Verwaltungsrat vierteljährlich Zwischenberichte über die Abwicklung des Vermögens- und Erfolgsplanes schriftlich vorzulegen. Des Weiteren hat die Vorständin/der Vorstand den Verwaltungsrat zu unterrichten, wenn bei der Ausführung des Erfolgsplanes erfolgsgefährdende Mindererträge oder Mehraufwendungen zu erwarten sind. Sind darüber hinaus Verluste zu erwarten, die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Lünen haben können, ist der Verwaltungsrat hierüber unverzüglich zu unterrichten.
 - (7) Die Vorständin/der Vorstand ist auch zuständig für sämtliche beamtenrechtliche Entscheidungen (z. B. Ernennung, Einstellung, Beförderung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Ruhestandsversetzung, Entlassung) bis einschließlich zur Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW sowie für sämtliche arbeitsrechtlichen Entscheidungen gegenüber den Beschäftigten bis einschließlich zur Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD), einschließlich deren Einstellung nach Maßgabe des vom Verwaltungsrat festgesetzten Wirtschaftsplans und dem diesen beigefügten Stellenplan.
 - (8) Die Vorständin/der Vorstand ist dienstvorgesetzte Stelle im Sinne des Disziplinargesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LDG NRW).

§ 5 Der Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus der/dem Vorsitzenden und 8 übrigen Mitgliedern. Für die übrigen Mitglieder werden Vertreter/innen bestellt.
- (2) Den Vorsitz führt der Bürgermeister/die Bürgermeisterin. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige/diejenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen/deren Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister/die Bürgermeisterin über den Vorsitz.
- (3) Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode des Rates der Stadt Lünen vom Rat der Stadt Lünen gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 GO NRW sinngemäß.
- (4) Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, endet mit dem Ende der Wahlperiode des Rates der Stadt Lünen oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus.

-
- (5) Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten eine Entschädigung für die Teilnahme an dessen Sitzungen. Die Höhe wird in der GeschO des Verwaltungsrates geregelt.
 - (6) Der Verwaltungsrat hat gegenüber der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister und dem Rat der Stadt Lünen auf Verlangen Auskunft über alle wichtigen Angelegenheiten der Anstalt zu geben.

§ 6 Zuständigkeit des Verwaltungsrats

- (1) Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung der Vorständin/des Vorstandes.
- (2) Der Verwaltungsrat kann jederzeit von der Vorständin/vom Vorstand über alle Angelegenheiten der Anstalt Berichterstattung verlangen.
- (3) Der Verwaltungsrat entscheidet über:
 1. Erlass von Satzungen im Rahmen des durch diese Anstaltssatzung übertragenen Aufgabenbereichs (§ 2 Abs. 6)
 2. Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung (§ 2 Abs. 3 und Abs. 4)
 3. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 GO NRW
 4. Bestellung und Abberufung der Vorständin/des Vorstands sowie Regelungen des Dienstverhältnisses der Vorständin/des Vorstands
 5. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans
 6. Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungnehmer der Anstalt
 7. Festlegung der Eigenkapitalverzinsung
 8. Bestellung des Abschlussprüfers
 9. Feststellung des Jahresabschlusses
 10. die Ergebnisverwendung
 11. die Entlastung der Vorständin/des Vorstandes
 12. die arbeitsrechtlichen Entscheidungen bei Beschäftigten oberhalb der Entgeltgruppe 11 TVöD
 13. beamtenrechtliche Entscheidungen oberhalb der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW
 14. den Erwerb, die Veräußerung, die Belastung von Vermögensgegenständen und die Gewährung von Krediten, sofern im Einzelfall eine Wertgrenze von EUR 75.000,00 überschritten wird
 15. die Aufnahme von Krediten außerhalb des genehmigten Wirtschaftsplans
 16. die Stundung und die Niederschlagung von Zahlungsverbindlichkeiten von Dritten, wenn sie im Einzelfall EUR 50.000,00 übersteigen,
 17. den Erlass von Forderungen, wenn sie im Einzelfall EUR 10.000,00 übersteigen

-
18. die Vergabe von Aufträgen, soweit sie:
 - a) einen Wert von EUR 200.000,00 übersteigen
 - b) nicht im Wirtschaftsplan enthalten sind und einen Wert von EUR 75.000,00 übersteigen
 19. den Abschluss von Verträgen, wenn der Wert im Einzelfall EUR 50.000,00 übersteigt, ausgenommen sind die Geschäfte der laufenden Betriebsführung
 20. die Einleitung und die Durchführung von Rechtsstreitigkeiten, wenn der Wert im Einzelfall EUR 50.000,00 übersteigt
 21. den Gewässerausbauplan

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates der Stadt Lünen. Entscheidungen zu Nummer 2, 3 und 21 bedürfen der vorherigen Entscheidung des Rates der Stadt Lünen.

- (4) Der Vorständin/dem Vorstand gegenüber vertritt die/der Vorsitzende des Verwaltungsrats die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.
- (5) Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 7 Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrats

- (1) Der Verwaltungsrat tritt auf schriftliche Einladung der/des Vorsitzenden des Verwaltungsrats zusammen. Die Einladung muss Tagungszeit und -ort und die Tagesordnung angeben. Sie muss den Mitgliedern des Verwaltungsrats spätestens 14 Tage vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann die Frist bis auf 24 Stunden verkürzt werden.
- (2) Der Verwaltungsrat ist jährlich mindestens 4-mal einzuberufen. Er muss außerdem einberufen werden, wenn dies 1/3 der Mitglieder des Verwaltungsrats unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragen.
- (3) Die Sitzungen des Verwaltungsrats werden vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats geleitet. Die Sitzungen sind öffentlich. Für folgende Angelegenheiten ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen:
 - Personalangelegenheiten
 - Liegenschaftsangelegenheiten
 - Auftragsvergaben
 - Prozessangelegenheiten

Darüber hinaus kann auf Antrag eines Verwaltungsratsmitglieds oder auf Vorschlag der/des Vorsitzenden für einzelne Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Dies gilt nicht für Beratungen oder Beschlussfassungen über Abgabensatzungen. Die Vorständin/der Vorstand ist

zur Teilnahme an den Sitzungen des Verwaltungsrates verpflichtet, soweit seine Teilnahme nicht durch einen anders lautenden Beschluss des Verwaltungsrates ausgeschlossen wird.

- (4) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder bzw. deren Stellvertreter/in anwesend ist. Er gilt als beschlussfähig, solange seine Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist.

Über andere als in der Einladung angegebene Beratungsgegenstände darf nur dann Beschluss gefasst werden, wenn

1. die Angelegenheit dringlich ist und der Verwaltungsrat der Verhandlung mehrheitlich zustimmt oder
 2. sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrats (bzw. deren Stellvertreter/innen) anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht.
- (5) Wird der Verwaltungsrat zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Ladung muss auf diese Folge ausdrücklich hingewiesen werden.
- (6) Der Verwaltungsrat kann unter Verzicht auf die Förmlichkeiten der Einberufung zu einer Sitzung zusammentreten, sofern alle Mitglieder hiermit einverstanden sind.
- (7) Sofern kein Verwaltungsratsmitglied unverzüglich widerspricht, können nach Ermessen der/des Vorsitzenden Beschlüsse in eiligen oder einfachen Angelegenheiten, sofern es sich um Angelegenheiten handelt, die im Rahmen einer nichtöffentlichen Sitzung zu beschließen wären, auch durch Einholen der Erklärungen in schriftlicher Form oder per Fax gefasst werden. In diesem Fall ist eine von der/vom Vorsitzenden zu bestimmende Frist für den Eingang der Stimmen festzulegen. Innerhalb dieser Frist nicht eingegangene Stimmen werden bei der Beschlussfassung nicht mitgezählt.
- (8) Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen sind zulässig. § 50 Abs. 5 GO NRW gilt entsprechend.
- (9) Über die vom Verwaltungsrat gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen. Diese wird von der/vom Vorsitzenden und von dem vom Verwaltungsrat zu bestimmenden Protokollführer/in unterzeichnet. Die Niederschrift wird dem Verwaltungsrat in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

§ 8 Rat der Stadt Lünen

Bei Entscheidungen der Organe der Anstalt über den Erlass von Satzungen im Rahmen des durch die Anstaltssatzung übertragenen Aufgabenbereichs (§ 2 Abs. 6) unterliegen diese den Weisungen des Rates der Stadt Lünen. Einer vorherigen Entscheidung des Rates der Stadt Lünen bedarf es bei:

1. Der Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung
2. Rechtsgeschäften der Anstalt im Sinne des § 111 GO NRW

§ 9 Verpflichtungserklärungen

- (1) Alle Verpflichtungserklärungen bedürfen der Schriftform; die Unterzeichnung erfolgt unter dem Namen Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen AöR durch die Vorständin/den Vorstand, im Übrigen durch jeweils Vertretungsberechtigte.
- (2) Die Vorständin/der Vorstand unterzeichnet ohne Beifügung eines Vertretungszusatzes, im Falle ihrer/seiner Verhinderung unterzeichnen der/die Vertretungsbefugte gem. § 4 Abs. 4 mit dem Zusatz „In Vertretung“, andere Vertretungsberechtigte mit dem Zusatz „Im Auftrag“.

§ 10 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

- (1) Die Anstalt ist sparsam und wirtschaftlich unter Beachtung des öffentlichen Zwecks zu führen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des § 75 Abs. 1 GO NRW entsprechend.
- (2) Die Vorständin/der Vorstand hat den Jahresabschluss und den Lagebericht innerhalb von 3 Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen und nach Durchführung der Abschlussprüfung dem Verwaltungsrat zur Feststellung vorzulegen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind von der Vorständin/vom Vorstand unter Angabe des Datums zu unterzeichnen. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht über die Abschlussprüfung sind der Stadt Lünen zuzuleiten. Im Übrigen ist § 27 Abs. 2 der Kommunalunternehmensverordnung zu beachten.
- (3) Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes ist in entsprechender Anwendung der Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften vorzunehmen. Dabei ist in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes die

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und über die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte zu berichten.

- (4) Die Vorschriften zur öffentlichen Bekanntmachung der Anstalt richten sich, wenn gesetzliche Bestimmungen nichts Gegenteiliges regeln, nach den entsprechenden Vorschriften der Hauptsatzung der Stadt Lünen in der jeweils geltenden Fassung.

§ 10a Finanzausstattung der Anstalt

- (1) Die Stadt Lünen hat nach § 9 Abs.1 KUV sicher zu stellen, dass die Anstalt ihre Aufgaben dauernd erfüllen kann (Anstaltslast).
- (2) Die Stadt Lünen leistet an die Anstalt zur Sicherstellung der Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1, soweit dies nicht durch die Erhebung von Gebühren, Beiträgen oder Entgelten auf der Grundlage von § 2 Abs. 6 erfolgt, Umlagen. Die jährliche Umlage soll im Voraus durch die Anstalt in Abstimmung mit der Stadt Lünen kalkuliert und mitgeteilt werden. Sie wird bedarfsgemäß i.d.R. quartalsweise durch die Anstalt abgerufen. Die Höhe der Umlage richtet sich nach den Kosten, die für die Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 1 anfallen. Bei (absehbaren) Unterdeckungen z.B. auf Grund geänderter Kosten oder zusätzlicher Maßnahmen, leistet die Stadt Lünen Sonderumlagen, soweit sie nicht auf neue Rechnung vorgetragen werden.
- (3) Die Tätigkeiten der Anstalt nach § 2 Abs. 2 sind nach § 13 KUV angemessen zu vergüten.

§ 11 Wirtschaftsjahr

Das Wirtschaftsjahr der Anstalt ist das Kalenderjahr.

§ 12 Überleitungsvorschrift

- (1) Dienstherr der bei dem Regiebetrieb „Abteilung Stadtentwässerung“ beschäftigten Beamten/innen wird die Anstalt.
- (2) In die Rechte und Pflichten der Stadt Lünen gegenüber den Beamten/innen, Angestellten und Arbeitern/innen der Regiebetriebe „Abteilung Stadtentwäs-

serung“ und „Abteilung Gewässerunterhaltung“, die in die Anstalt überleitet werden, tritt die Anstalt im Wege der Gesamtrechtsnachfolge ein. Einzelheiten regelt die Selbstbindungserklärung vom 18.12.2003 zum Personalübergang.

- (3) Der Frauenförder- und Gleichstellungsplan findet sinngemäß Anwendung.
- (4) Die Anstalt tritt im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in alle übrigen bestehenden Rechte und Pflichten der Stadt Lünen – mit Ausnahme der Darlehensverträge – ein, die im Zusammenhang mit den übertragenen Aufgaben stehen. Hierzu gehört insbesondere das notwendige Anlage- und übrige Betriebsvermögen.
- (5) Die zurzeit geltenden Satzungen der Stadt Lünen, die für die der AÖR übertragenen Aufgabenbereiche erlassen wurden, gelten mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Stadt Lünen die Anstalt tritt, solange fort, bis die Anstalt eigene Satzungsregelungen in diesen Angelegenheiten trifft.
- (6) Allein und ausschließlich für das 1. Geschäftsjahr der Anstalt gilt, dass die Mitglieder des Verwaltungsrates und ihre Stellvertreter/innen nur für die Zeit bis zum 30.09.2004 gewählt werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus.

§ 13 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt mit dem Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Lünen über die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen“ vom 16.08.2018 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die in der Ratssitzung vom 15.12.2022 beschlossene **Satzung der Stadt Lünen über die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen“ vom 02.02.2023** wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der derzeit gültigen Fassung, kann gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Lünen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt. (vgl. § 7 Abs. 6 GO NRW)

Lünen, den 02.02.2023
gez.

Jürgen Kleine-Frauns
Der Bürgermeister